

Haifischknorpel sorgt für heisse Köpfe

Aufsichtsbeschwerde gegen Amt für Gesundheit und Soziales eingegangen

Der Verein gegen Tierfabriken reichte eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Kantonsarzt und das Amt für Gesundheit und Soziales ein. Zurzeit laufen die rechtlichen Abklärungen.

na.- Die Haifischknorpel-Kapseln, welche vom Naturkostladen «Regenbogen» an der Strehlgasse in Schwyz verkauft wurden, sorgen nun für heisse Köpfe. Erwin Kessler vom VgT reichte am 4. Januar eine Strafanzeige beim Amt für Gesundheit und Soziales ein. Hauptgrund für die Anzeige war die Anpreisung der Knorpel-Kapseln als Heilmittel. Dies sei laut Apothekergesetz verboten. Ausserdem sei das Produkt in einem Naturkostladen völlig deplatziert, wenn

man sich die grausamen Methoden des Hochseefischens in Erinnerung rufe, erklärte Kessler bestürzt. Am 7. Januar reichte der Gründer des VgT beim Regierungsrat Armin Hüppin eine Aufsichtsbeschwerde gegen den Kantonsarzt Christian Sacher und gegen das Amt für Gesundheit und Soziales ein. Diese sei laut Kessler nötig, da Sacher öffentlich Stellung zur «Anpreisung» von Haifischknorpel genommen und die Vorwürfe von VgT heruntergespielt habe, ohne sich vorher eingehend mit der Thematik auseinander zu setzen: «Damit hat Sacher absolut pflichtwidrig gehandelt.» Aus diesem Grund forderte Kessler in seiner Aufsichtsbeschwerde, dass die Behandlung der Strafanzeige gegen den Bioladen von einer anderen, unabhängigen Amtsstelle bearbeitet werden müsse.

Aus Sortiment genommen

Die Besitzerin des Naturkostladens, Rita Lampert, hat die umstrittenen Knorpel-Kapseln inzwischen aus dem Sortiment genommen: «Ich bin mir zwar keiner Schuld bewusst, aber wenn man es streng nimmt, gehören Haifischknorpel nicht zur Nahrungsergänzung.»

Kantonsarzt Sacher wollte zu den erhobenen Vorwürfen vorest keine Stellung nehmen. Er bestätigte aber, dass beim Amt für Gesundheit und Soziales eine Reklamation eingegangen sei und zurzeit bearbeitet werde. Regierungsrat Hüppin seinerseits bestätigte den Eingang der Aufsichtsbeschwerde vom 7. Januar. Man stelle momentan die nötigen Akten zusammen, um die rechtliche Situation abzuklären, so Hüppin abschliessend.